

## POSITIONSPAPIER

### Zur aktuellen Situation der angestellten und akkreditierten Dolmetscherinnen und Dolmetscher beim Europäischen Parlament

Die für das Europäische Parlament (EP) tätigen Dolmetscherinnen und Dolmetscher befinden sich aktuell in einem Arbeitskampf. Anlass dafür ist die Gefahr einer irreversiblen Hörschädigung für die Dolmetscherinnen und Dolmetscher aufgrund der aktuell schlechten Arbeitsbedingungen bei einem der weltgrößten Arbeit- und Auftraggeber von Dolmetschdienstleistungen: Seit Beginn der Coronapandemie greift das EP auf Plattformen für das sogenannte Ferndolmetschen (Remote Simultaneous Interpreting, RSI) zurück. Allerdings gibt es noch keine Online-Dolmetschplattformen, die den Anforderungen der einschlägigen internationalen Normen zur Tonqualität, insbesondere zum Gehörschutz<sup>1</sup> entsprechen. Viele der für das EP tätigen Dolmetscherinnen und Dolmetscher geben an, dass sie deswegen Beeinträchtigungen ihres Hörvermögens verzeichnen, bei den Angestellten sind es mehr als ein Drittel.<sup>2</sup> Das EP zeigt sich jedoch nicht bereit, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Eine Maßnahme zur Förderung des Gesundheitsschutzes während der Pandemie, die Reduzierung der Sitzungsdauer und der Einsatzzeiten, wurde zum 13.06.2022 wieder abgeschafft. Seit 28.06.2022 boykottieren die Dolmetscherinnen und Dolmetscher daher sowohl Redebeiträge online zugeschalteter Redner als auch insgesamt hybride bzw. Online-Veranstaltungen. Dennoch ist das EP nicht zu echten Verhandlungen bereit.

Stattdessen weicht das EP auf fragwürdige Ersatzlösungen aus und beauftragt derzeit etwa über Online-Dolmetschplattformen auch Dolmetscherinnen und Dolmetscher, die nicht für die Institutionen akkreditiert und ggf. nicht mit deren Arbeitsweise vertraut sind. Das EP hofft, dass diese die potenziell gesundheitsgefährdenden Bedingungen akzeptieren. Dabei stellt die Beauftragung von Nichtakkreditierten laut dem Internationalen Verband der Konferenzdolmetscher (AIIC) möglicherweise einen Bruch seiner Vereinbarung mit dem EP dar, wonach bei offiziellen Sitzungen keine ungeprüften Dolmetscherinnen und Dolmetscher eingesetzt werden dürfen.

**Die Vorstände des Bundesverbands der Dolmetscher und Übersetzer (BDÜ) und des Verbands der Konferenzdolmetscher (VKD) im BDÜ unterstützen den Streik und fordern, dass**

- 1. sich das EP an gültige Normen und technische Standards hält, um die Gesundheit der Dolmetscherinnen und Dolmetscher nicht zu schädigen und den arbeitsrechtlichen Verpflichtungen gegenüber den Angestellten gerecht zu werden;**
- 2. die übliche Arbeitszeitbegrenzung eingehalten wird, also auch bei RSI-Einsätzen die Arbeitszeiten nicht über das übliche Maß hinaus verlängert werden, erst recht nicht bei schlechten Arbeitsbedingungen. Dazu zählt auch, dass die während der Pandemie geltenden Arbeitsschutzmaßnahmen wie reduzierte Arbeitszeiten für RSI-Sitzungen nicht aufgehoben werden;**
- 3. der Arbeitskampf nicht unterminiert wird, indem entgegen den eigenen Qualitätsanforderungen an die Verdolmetschung nichtakkreditierte Dolmetscherinnen und Dolmetscher vom EP beauftragt bzw. unterbeauftragt werden.**

Norma Keßler  
Präsidentin

Elvira Iannone  
Vizepräsidentin

Beatriz Quintanero Raposo  
1. Vorsitzende VKD im BDÜ

Berlin, Juli 2022

<sup>1</sup> DIN EN ISO 20108 Simultandolmetschen - Qualität und Übertragung von Ton- und Bildeingang, DIN EN ISO 20109 Simultandolmetschen - Ausstattung - Anforderungen; ISO/PAS 24019 Simultaneous interpreting delivery platforms

<sup>2</sup> Vgl. *euobserver*, 30.06.2022: <https://euobserver.com/eu-political/155385> und *Politico*, 03.07.2022: <https://www.politico.eu/article/strike-european-parliament-interpreters-walk-off-the-job/> (beide abgerufen am 13.07.2022)